KÖLN, Kölnische Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit: Die Kölner Justiz und der Umgang mit dem nationalsozialistischen Unrecht an Juden

Eine Tagung (18./19. November 2002) in Zusammenarbeit mit: Leo Baeck Institute/London, B'nai B'rith Loge-Rheinland/Köln, Dokumentations- und Forschungsstelle „Justiz und Nationalsozialismus“ in der Justizakademie NRW, Theater am Sachsenring, FilmInitiativ, Kölner Filmhaus unterstützt von: Friedrich-Ebert-Stiftung, Verwaltungsgericht Köln, Finanzgericht Köln, Rechtsanwaltskammer Köln, Bankhaus Sal. Oppenheim jr. & Cie., Landschaftsverband Rheinland, Bildungswerk der Humanistischen Union, Verein El-De-Haus

In einer ihrer Reportagen aus dem Nachkriegsdeutschland spricht die amerikanische Journalistin Kay Boyle von der „schmerzlichen Suche durch Zeit und Emotion, die schließlich in einen Gerichtssaal führte“.¹ Die Verurteilung eines ehemaligen Gendarmerie-Angehörigen wegen seiner Beteiligung an der Erschießung von 19 jüdischen Kindern in der Ukraine vor dem Landgericht Köln im Jahre 1998 ebenso wie bundesweit an die 50 noch laufenden Vorermittlungsverfahren zeigen, daß das Kapitel der strafrechtlichen Verfolgung von nationalsozialistischen Gewaltverbrechen (NSG) über 50 Jahre nach Gründung der Bundesrepublik noch immer nicht abgeschlossen ist.² Zwar nahmen auf der Tagung der Kölnischen Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit „Die Kölner Justiz und der Umgang mit dem nationalsozialistischen Unrecht an den Juden“ (18./19. November 2002)³ die Strafverfahren gegen NS-

Täter eine herausragende Stellung ein, der Bogen wurde jedoch ganz bewußt weiter gespannt. Zu nennen ist neben den Strafverfahren wegen antisemitischer Übergriffe vor allem die juristische Behandlung von Entschädigungs- und Restitutionsansprüchen. Bis heute bietet der Gerichtssaal eine Bühne für die Neuinszenierung der Begegnung von ehemaligen Tätern und Opfern. Die Rollen sind verteilt. Überlebende klagen an, fordern ihren geraubten Besitz zurück und bezeugen die Verbrechen, Täter leugnen in der Regel ihre Schuld und weigern sich, die unrechtmäßig erworbenen Güter zurückzugeben. Wie in einem Mikrokosmos spiegelt sich hier das historische Geschehen und dessen Nachwirken im Nachkriegsdeutschland wieder.⁴

Und die Zuschauer? Damals war es die deutsche Mehrheitsbevölkerung, die zumindest die praktische Umsetzung der nationalsozialistischen Politik hätte beeinflussen können. Es gab ein Spektrum von Möglichkeiten: Man konnte Verfolgungsmaßnahmen initiieren, sie ausführen und davon profitieren. Man konnte sich indifferent zeigen und wegschauen. Oder man konnte den Verfolgten helfen. Die heutigen Zuschauer gehören den nachfolgenden Generationen an, die nicht mehr direkt am historischen Geschehen beteiligt

bracht werden, daß es eine abschließende „Bewältigung“ der nationalsozialistischen Entrechtungs- und Vernichtungspolitik nicht geben kann, sondern die Frage nach einem angemessenen Umgang mit dieser Vergangenheit immer wieder neu und vor allem öffentlich gestellt und diskutiert werden sollte. Siehe *Helmut König/Michael Kohlstruck* u.a. (Hrsg.), *Vergangenheitsbewältigung am Ende des zwanzigsten Jahrhunderts*, Leviathan Sonderheft 18 (1998), Opladen/Wiesbaden 1998; *Peter Reichel*, *Vergangenheitsbewältigung in Deutschland. Die Auseinandersetzung mit der NS-Diktatur von 1945 bis heute*, München 2001; *Bernhard Schlink*, *Die Bewältigung der Vergangenheit durch Recht* (1998), in: *ders.*, *Vergangenheitsschuld und gegenwärtiges Recht*, Frankfurt a. M. 2002, S. 89-99, hier S. 97 f.

1 *Kay Boyle*, *Der rauchende Berg*, Geschichten aus Nachkriegsdeutschland, Frankfurt a.M. 1991, S. 89.

2 Nur ca. 6 % derjenigen Personen, gegen die seit Mai 1945 Verfahren eingeleitet wurden, wurden rechtskräftig verurteilt. Siehe *Michael Greve*, *Neuere Forschungen zu NS-Prozessen. Ein Überblick*, in: *Kritische Justiz* 3 (1999), S. 472-480.

3 Die Kölnische Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit wählte daher für ihre Tagung ganz bewußt den eher schlichten Titel: „Die Kölner Justiz und der Umgang mit dem nationalsozialistischen Unrecht an den Juden.“ Mit dieser Formulierung sollte zum Ausdruck ge-

4 Auch der öffentliche Diskurs über die Geschichte erinnert vielfach an „die Muster einer gerichtlichen Rede und Gegenrede zwischen Kläger und Beklagtem“. Siehe *Dan Diner*, *Das Jahrhundert verstehen. Eine universalhistorische Deutung*, München 1999, S. 228.

waren. Die Fähigkeit, zwischen Recht und Unrecht zu unterscheiden, ist jedoch für ein verantwortungsvolles Handeln auch in Gegenwart und Zukunft unverzichtbar. Dabei geht es in Auseinandersetzung mit der justiziellen Aufarbeitung der NS-Zeit und der Shoah nicht um den Versuch einer rückwirkenden Sinnstiftung, sondern darum, wie Hannah Arendt sagte, zu erkennen, daß diese Verbrechen sich juristisch nicht fassen lassen, und gerade das „ihre Ungeheuerlichkeit“ ausmacht.⁵

Die Tagung orientierte sich an zwei Leitgedanken: Multiperspektivität und Prozeßcharakter der Geschichte. Zum einen gibt es mindestens zwei Perspektiven auf das Geschehene: Die Beziehung zwischen Juden und Nichtjuden stellt sich dar als die einer „negativen Symbiose“, denn beide Gruppen sind in notwendig anderer, ja gegensätzlicher Weise mit der Erinnerung an den Holocaust konfrontiert beziehungsweise bemüht, dieser Erinnerung auszuweichen⁶. Zum anderen unterliegt die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit zeitgebundenen Faktoren. Die Grundlagen und Formen der Rechtsprechung ebenso wie die institutionellen Abläufe innerhalb des Justizapparates von Ende der 1940er Jahre bis in die Gegenwart bieten hinreichend Stoff für eine Untersuchung, insbesondere in Köln, wo seit Herbst 1961 bei der Staatsanwaltschaft die Zentralstelle für die Bearbeitung nationalsozialistischer Massenverbrechen in Konzentrationslagern angesiedelt ist.⁷

5 *Hannah Arendt/Karl Jaspers*, Briefwechsel 1926-1969, hrsg. von Lotte Köhler und Hans Janer, München 1985, S. 90. Siehe auch *Reinhart Koselleck*, Formen und Traditionen des negativen Gedächtnisses, in: Volkhard Knigge/Norbert Frei (Hrsg.), Verbrechen erinnern. Die Auseinandersetzung mit Holocaust und Völkermord, München 2002, S. 21-32, bes. S. 32.

6 *Dan Diner*, Negative Symbiose. Deutsche und Juden nach Auschwitz, in: *ders.* (Hrsg.), Ist der Nationalsozialismus Geschichte? Zu Historisierung und Historikerstreit, Frankfurt a.M. 1987, S. 185-197.

7 Zu den Zentralstellen in Dortmund und Köln vgl.: Justizministerium des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.), Die Zentralstellen zur Verfol-

Während der Tagung wurden in vier Foren über lokale und regionale Zeitgeschichte hinaus folgende Themenschwerpunkte erörtert: (1) „Brüche und Kontinuitäten: die Kölner Justiz und die Aufarbeitung der NS-Verbrechen nach 1945“, (2) „‘Wiedergutmachung?’ 50er Jahre“, (3) „Justiz und Öffentlichkeit, 60er Jahre“, sowie (4) „Der Fall ‘Lischka’: ein Kölner Prozeß mit internationaler Dimension, 70er Jahre“. Beiträge von Juristen, Historikern und Psychotherapeuten führten zu einem transdisziplinären Austausch, der bislang kaum etabliert ist, und insbesondere von den anwesenden Juristen positiv gewürdigt wurde.⁸ Belebt wurde die Kölner Tagung durch Zeitzeugen, so Journalisten, die NS-Prozesse und -Verfahren seit Jahrzehnten kritisch begleitet haben (Heiner Lichtenstein, Köln) oder in mehreren Fällen Verfahren erst ermöglichten (Beate Klarsfeld, Paris), und Juristen wie den Leiter der Kölner Zentralstelle zur Aufklärung von NS-Verbrechen, Oberstaatsanwalt Wolfgang Weber, und den früheren Richter Heinz Faßbender (Landgerichtspräsident a.D., Köln), der 1979 den Vorsitz im Kölner Schwurgerichtsprozeß gegen „Lischka, Hagen und Heinrichsohn“ führte. 180 interessierte Teilnehmerinnen und Teilnehmer machten aus dieser Tagung das, was sie im günstigsten Fall sein konnte: einen Ort gesellschaftlicher Selbstaufklärung.⁹

In seinem Überblick über die Sühne von NS-Unrecht unter deutscher Strafjustiz vor und nach Gründung der Bundesrepublik ging *Gerhard Pauli* (Oberstaatsanwalt Hagen, zuvor Leiter der Justizakademie Recklinghausen) vor allem auf die Anfänge der Strafverfolgung bis 1949 ein, hier insbesondere auf

gung nationalsozialistischer Gewaltverbrechen – Versuch einer Bilanz, Juristische Zeitgeschichte, Bd. 9, Recklinghausen 2001.

8 Siehe das von *Norbert Frei, Dirk van Laak* und *Michael Stolleis* formulierte Anliegen in: *dies.* (Hrsg.), Geschichte vor Gericht. Historiker, Richter und die Suche nach Gerechtigkeit, München 2000.

9 Diesen Wunsch formulierte der Vorsitzende der Kölnischen Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit, Dr. Jürgen Wilhelm, in seiner Eröffnungsrede für den Verlauf der Tagung.

die spezifischen Möglichkeiten einer Verurteilung wegen „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ nach § 10 des Kontrollratsgesetzes und die Korrektur der Rechtsprechung durch den Obersten Gerichtshof der Britischen Zone mit Sitz in Köln. Versäumnisse der juristischen Verfolgung von NS-Gewaltverbrechen zeigte *Christiaan Frederik Rüter* (Professor für Strafrecht/Universität Amsterdam) auf am Beispiel der ost- und westdeutschen Prozesse gegen die Verantwortlichen für die Deportation der Juden. Köln gehörte zu den wenigen Städten, in denen nach Kriegsende überhaupt ein Prozeß stattfand, und zwar gegen die an den Deportationen beteiligten Gestapo-Angehörigen. In einigen Städten wurden auch Mitarbeiter der Stadtverwaltung und der Finanzbehörden angeklagt, dennoch fällt insgesamt eine Bilanz eher ernüchternd aus: Acht Verurteilte in West-, sechs in Ostdeutschland. In beiden deutschen Staaten, so Rüter, sei „nur aufgrund von Anzeigen“ ermittelt worden. Warum es nicht zu mehr Prozessen wegen Deportationen gekommen ist, kann nur vermutet werden. Die Verantwortlichen waren ehrenwerte Bürger der städtischen Gesellschaft und dieser Schritt auf dem Weg in die Vernichtung fand direkt „vor Ort“ statt – was die allgemein übliche Ausrede, man habe von den Verbrechen nichts gewußt, im Nachhinein *ad absurdum* zu führen schien. Oberstaatsanwalt *Wolfgang Weber* (Leiter der Zentralstelle/Köln), der Mitte der 70er Jahre zur Kölner Zentralstelle zur Aufklärung von NS-Verbrechen in Konzentrationslagern nach Köln geholt wurde, um das sich hinziehende Majdanek-Verfahren in Schwung zu bringen, stellte eingehend die Schwierigkeiten bei den Ermittlungen dar. Unter anderem erwähnte er die „eingeschränkte Wahrnehmungsbereitschaft“ von Zeugen während ihrer Lagerhaft als Ursache ihrer zweifelhaften „Aussage-tüchtigkeit“ und folgte damit einer unter Staatsanwälten weit verbreiteten Reduzierung des Themas auf Schwierigkeiten bei der Beweisführung.¹⁰

Einen Perspektivenwechsel vollzog *Cordula Lissner* (Historikerin, Köln) mit ihrem Beitrag über jüdische Juristinnen und Juristen, die nach der Rückkehr aus der Emigration mit ihrem Engagement für die Rechte der Verfolgten entscheidend zu einer gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit den nationalsozialistischen Verbrechen beitrugen. Auf die mangelnde Bereitschaft der Gerichte, in Entschädigungsverfahren die gesundheitlichen und psychologischen Folgen von Verfolgung, Terror und Haft angemessen zu berücksichtigen, wies *Katharina van Bebber* (Rechtsanwältin, Köln) hin. Bei der Präsentation der Ergebnisse ihrer Dissertation zur Praxis der Entschädigungsgerichte im Oberlandesgerichtsbezirk (OLG) Hamm zwischen 1953 und 1956 plädierte sie für die Würdigung von Einzelfällen, ging jedoch auf die zentrale Problematik der ärztlichen Gutachten kaum ein. An Fallbeispielen orientierte sich auch *Maik Wogersien* (Staatsanwalt, Bocholt) bei seiner Frage nach der Rückerstattung von ungerechtfertigt entzogenem Vermögen im OLG –Bezirk Hamm. Er bot einen Überblick zu diversen wirtschaftlichen Diskriminierungsformen (etwa die „Reichsfluchtsteuer“, „Judenvermögensabgabe“) und befaßte sich dabei insbesondere mit Rechtsprechungsbeispielen bezüglich der „Entziehung von Sachwerten anlässlich von Deportationen“ bei der Wiedergutmachungskammer Bochum.

Die 1950er Jahre, die von einer eher vordergründig philosemitischen Haltung gegenüber den Opfern geprägt waren, endeten Weihnachten 1959 mit der folgenreichen „Schmierwelle“, die einsetzte, nachdem zwei Mitglieder der Deutschen Reichspartei die Kölner Synagoge geschändet hatten. *Werner Bergmann* (Soziologe am Zentrum für Antisemitismusforschung/Berlin), der das Anwachsen des Antisemitismus im Kontext der Geschichte der frühen Bundesrepublik näher

le, Oberstaatsanwalt *Klaus Schacht*, Probleme bei der Beurteilung von Zeugenaussagen in Verfahren wegen NS-Verbrechen, in: Justizministerium des Landes NRW (Hrsg.), Die Zentralstellen zur Verfolgung nationalsozialistischer Gewaltverbrechen – Versuch einer Bilanz, Juristische Zeitschichte Bd. 9, Recklinghausen 2001, S. 63-72.

10 Siehe insbesondere der Bericht des vor kurzem pensionierten Leiters der Dortmunder Zentralstel-

beleuchtete, kam zu dem Ergebnis, daß dies den Auftakt bildete für eine breite und intensive Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit in den 1960er Jahren. Die für die Betroffenen retraumatisierende Wirkung antisemitischer Übergriffe stellte *Peter Liebermann* (Facharzt für Psychiatrie und Psychotherapie/Köln) im Licht neuer Erkenntnisse der Gedächtnisforschung dar. Die hier konstatierte Notwendigkeit, bei der juristischen Behandlung von Verfolgungsverbrechen Erkenntnisse der Psychotherapie stärker zu berücksichtigen, relativierte und ergänzte den zuvor dargestellten Umgang mit Entschädigungsklagen und NSG-Prozessen. In Verfahren gegen NS-Täter, wo oftmals Zeugenaussagen von der Opferseite das einzige Beweismittel sind, können Erinnerungslücken und „richtige Erinnerungsfragmente“ demnach nicht als Widerspruch in der Sache gewertet werden, sondern entsprechen der Komplexität der Erinnerung an eine Extremsituation, die gekennzeichnet war von Bedrohung, Angst und Tod.¹¹ Auf die Bedeutung der öffentlichen Aufmerksamkeit für den Verlauf von Gerichtsverfahren wies *Heiner Lichtenstein* (Journalist/Köln) hin. Solche Verfahren seien „immer gegen den mainstream“ geführt worden, denn die Mehrheit der Bevölkerung sei gegen diese Prozesse gewesen bzw. hätte sich nicht dafür interessiert. „Alle Prominenten haben versagt, niemand kam zum Prozeß, und nur selten kam die Presse“, so lautete die Bilanz des engagierten Journalisten, der seit Beginn der 60er Jahre vor allem für den WDR über NSG-Verfahren berichtete.

Der sogenannte „Lischka-Prozess“ gegen die Hauptverantwortlichen für die Deportation der Juden aus Frankreich Ernst Heinrichsohn, Herbert Hagen und Kurt Lischka war in dieser Hinsicht eine Ausnahme.¹² Bei der Eröffnung des Prozesses am 23. Oktober 1979 im

Kölner Landgericht am Appellhofplatz kam es bei gleichzeitiger Präsenz der Massenmedien inner- und außerhalb des Gerichtssaals zu tumultartigen Szenen. Die *Organisation Fils et Filles des Déportés Juifs de France* (F.F.D.J.F.) wollte darauf aufmerksam machen, daß NS-Verbrecher, obwohl sie für den Tod von Hunderttausenden von Menschen mitverantwortlich waren, in Deutschland ein normales bürgerliches Leben führen konnten. Die ehemalige Aktivistin *Beate Klarsfeld* (Journalistin/Paris), die sich bis heute „als Deutsche, die sich ihrer Geschichte bewußt ist“, für die Aufarbeitung der Vergangenheit einsetzt, ließ in ihrem Bericht die spektakulären Aktionen *revue* passieren, die sie gemeinsam mit ihren französisch-jüdischen Mitstreiterinnen und Mitstreitern im Vorfeld des Prozesses durchführte. Vor diesem Hintergrund war der Vorsitzende Richter des „Lischka-Prozesses“ *Heinz Faßbender* (Landgerichtspräsident a.D./Köln) besonders gefordert, den Prozeß ergebnisorientiert zu führen. Aufgrund der durch die vorliegenden Dokumente eindeutigen Beweislage konnte er innerhalb von nur drei Monaten das Urteil sprechen. Den Blick auf die politischen Hintergründe des „Lischka-Prozesses“ lenkte *Bernhard Brunner* (Historiker/Freiburg), als er an die 20-jährige Vorgeschichte ebenso wie an die Verdienste des ehemals bei der Kölner Zentralstelle für den sogenannten „Frankreich-Komplex“ zuständigen Staatsanwaltes Rolf Holtfort erinnerte. Die seit dem Überleitungsvertrag 1955 andauernden deutsch-französischen Debatten über die Strafverfolgung von Naziverbrechen, die erst mit der Ratifizierung des Zusatzabkommens 1975 endeten, sowie personelle Kontinuität in Politik und Justiz – aufgrund der Kollaboration sicher auch in Frankreich – verhinderten lange Zeit eine Strafverfolgung. *Horst Matzerath* (ehemaliger Leiter des NS-Dokumentationszentrums/Köln) betonte in seinem Beitrag zur Forschungsperspektive insbesondere die Notwendigkeit empirisch gesättigter Untersuchungen der verschiedenen Aspekte des Themas ebenso wie den Ausbau transdisziplinärer Forschungsansätze.

11 Siehe stellvertretend für die Sicht der Überlebenden: *Primo Levi*, *Die Untergegangenen und die Geretteten*, München/Wien 1999.

12 Der Hauptangeklagte Kurt Lischka, der bis zum Prozeßbeginn unbehelligt in Köln lebte, war bereits 1950 von französischen Gerichten in Abwesenheit zu lebenslanger Haft verurteilt worden.

Leider blieb auch auf der Abendveranstaltung im Verwaltungs- und Finanzgericht am Appellhofplatz die Kontroverse um das Forschungsprojekt „Die nordrhein-westfälische Justiz und ihr Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit“ (1996-2000) unerwähnt, das besonders in seinem auf die strafrechtliche Ahndung von NS-Verbrechen bezogenen Teil heftig kritisiert worden ist.¹³ Nach der Begrüßung durch den Präsidenten des Finanzgerichts, Dr. Joachim Arntz und einer Rede des Justizministers NRW, Wolfgang Gerhards, beendete *Raphael Gross* (Direktor des Leo Baeck Instituts/London) die Tagung mit einem Vortrag über das Fortwirken von Moral und Antipositivismus nach 1945 am Beispiel eines Vortrags des Juristen Fritz von Hippel. Seine provokanten Thesen forderten auf zum Nachdenken über fragwürdige Traditionsbestände im rechtswissenschaftlichen Denken und auch im Geschichtsbewusstsein in Deutschland.

Die Beiträge der Tagung werden im Frühjahr 2003 im Kölner Greven Verlag erscheinen unter dem Titel „NS-Unrecht vor Kölner Gerichten nach 1945“ (herausgegeben für die Kölnische Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit von Anne Klein und Jürgen Wilhelm).

Ein umfangreiches Begleitprogramm von Filmen, Zeitzeugendiskussion und Theater machten aus dem doch eher trocken klingenden Thema „Nachkriegsjustiz“ auch ein kulturelles Ereignis. „Die Ermittlung“ von Peter Weiss rekonstruierte am Beispiel des Auschwitz-Prozesses das historische Geschehen in dem Vernichtungslager und der Kölner Autor Peter Finkelgruen, dessen Vater in Theresienstadt von einem KZ-Wächter erschlagen wurde, berichtete über die Schwie-

rigkeiten der strafrechtlichen Verfolgung des Mörders („Haus Deutschland“). Filme dokumentierten den Nürnberger Prozeß und den Eichmann-Prozess in Jerusalem sowie die schwierigen Schritte für die Überlebenden, vor Gericht als Zeugen auszusagen („Zeugin aus der Hölle“).

Anne Klein, Köln

Tagungsbericht „Die Kölner Justiz und der Umgang mit dem nationalsozialistischen Unrecht an Juden“, in: *Juristische Zeitgeschichte* 4 (2002/2003).

13 Ein Resümee des Abschlußberichts wurde im Oktober 2002 auf der Webseite des Justizministeriums NRW veröffentlicht: www.justiz.nrw.de/JM/rechtspolitik/zeitgeschichte/4forschung.pdf. Zu den Hintergründen des Forschungsprojekts und seiner Bewertung vgl. *Andreas Disselnkötter*, „Jetzt ist es aber genug!“. Die Aufarbeitung der NS-Prozesse in Nordrhein-Westfalen, in: *TRIBÜNE*, Zeitschrift zum Verständnis des Judentums 41 (2001), S. 174-181.